

2195. Artikel zu den Zeitereignissen

# Flüchtlings-Programm und rechtsfreie Räume, Teil 274

Christian Jung und Torsten Groß "Der Linksstaat"(9) – Gregor Gysi – Stefanie v. Berg – Julia Schramm

Christian Jung und Torsten Groß schreiben weiter unter dem Titel *Linker Rassismus*:<sup>1</sup>

*Aber nicht nur Heigl und die Antifa sehen in den Deutschen schlechthin das Problem. So erklärte Gregor Gysi (s.re.<sup>2</sup>), Galionsfigur der Partei Die Linke, in einem Aufruf:*

*»Jedes Jahr sterben mehr Deutsche, als geboren werden. Das liegt zum Glück daran, dass sich die Nazis auch nicht besonders vervielfältigen. Und schon deshalb sind wir auf Zuwanderer aus anderen Ländern angewiesen.«<sup>3</sup>*



*Bei den Grünen findet diese Sichtweise auch begeisterte Unterstützer. Als solche muss die Abgeordnete Stefanie von Berg (s.li.<sup>4</sup>) betrachtet werden. Diese ging in einer Rede vor der Hamburgischen Bürgerschaft, dem Landtag der Freien Hansestadt, am 11. November 2015 davon aus, dass es in Hamburg bald keine ethnischen Mehrheiten mehr geben werde. Die Deutschen als Minderheit im eigenen Land? »Das ist gut so«, befand die Grüne, was sie ausdrücklich »Richtung Rechts« und damit in Richtung der AfD-Fraktion im dortigen Parlament zum Ausdruck bringen wolle.*

*Heigl ist bei Weitem nicht die einzige Kämpferin gegen vermeintlichen Rechtsextremismus, die zugleich ein rassistisches Weltbild pflegt.*

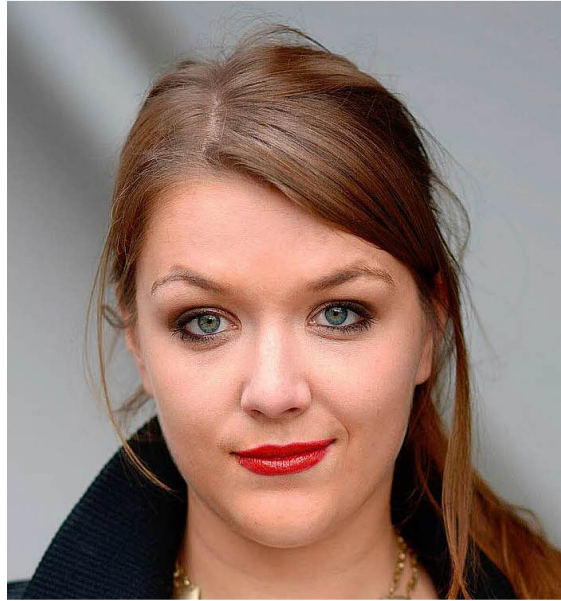
<sup>1</sup> *Der Links-Staat*, S. 40-45, Kopp 2016

<sup>2</sup> <http://i.huffpost.com/gen/3014754/images/o-GREGOR-GYSI-TWITTER-facebook.jpg>

<sup>3</sup> Unter Anmerkung 16 steht: Siehe Kopp-Video-Dokumentation: *Der Links-Staat - Antifa und Staatspropaganda*.

<sup>4</sup> <http://www.abendblatt.de/hamburg/hamburg-nord/article126425704/Das-Ende-der-Stadtteilschule-Langenhorn.html>

Julia Schramm (s.re.<sup>5</sup>), heute Rechtsextremismusexpertin bei der Amadeu Antonio Stiftung,<sup>6</sup> dichtete Anfang 2014 – damals noch bei der Piratenpartei – in Bezug auf den Befehlshaber der britischen Bomberstaffeln, Arthur T. Harris, der unter anderem auch das militärisch unbedeutende Dresden in Schutt und Asche legen ließ:<sup>7</sup>



»Bomber-Harris Flächenbrand – Deutschland wieder Ackerland!« Das war nicht die einzige Twitter-Botschaft an das Volk des Staates, den Schramm gerne in Anspruch nimmt, ihre politische Tätigkeit zu finanzieren. »Sauerkraut, Kartoffelbrei – Bomber Harris, Feuer frei!«

»Kartoffel« ist das Schimpfwort, mit dem Deutsche bedacht werden. Damit bezieht sich »Kartoffelbrei« auf die toten Zivilisten, die in Dresden zu Brei bombardiert worden waren.

Die Kämpferin für die richtige Meinung erklärt zudem via Twitter, Kommunistin zu sein. Also eine mehr als fragwürdige Kämpferin für Freiheit und Demokratie. Der Hass auf Deutsche weißer Hautfarbe« der sich dahinter verbirgt, ist auch der Chefin der Stiftung geläufig. Für Anetta Kahane kommen augenscheinlich nur Weiße als Rassisten in Betracht. So erklärte sie gegenüber der Zeitung "Tagesspiegel" in Bezug auf Ostdeutschland, es sei:

»[...] die größte Bankrotterklärung der deutschen Politik nach der Wende, dass ein Drittel des Staatsgebiets weiß blieb.«

Weiter meinte Kahane:

»Willy Brandt sprach vom Zusammenwachsen dessen, was zusammengehöre, und meinte die weißen Deutschen«, sagte sie. »Das hat einen nationalistischen Auftrieb ausgelöst. Ein paar Millionen andere wurden glatt vergessen. Wenn damit jetzt Schluss wäre, fände ich das ausgezeichnet.«

Die Beobachtung eines vermeintlich, »nationalistischen Auftriebs« durch die deutsche Wiedervereinigung ist eines der zentralen Antriebsmuster Linker und ihrer linksextremen Ansichten. Nicht ohne Grund sind zur Wendezeit nicht wenige Antifa-Vereinigungen entstanden, wie schon in der Geschichte der Antifa dargestellt.

Keineswegs ist es ein neues Phänomen, wenn die Grüne Jugend das Schwenken der schwarz-rot-goldenen Fahne als ein Zeichen des neu aufziehenden Nationalsozialismus einstuft. Dies war schon während der Wendezeit Teil Grüner Politik. Mahnende Worte, angesichts der Wiedervereinigung nicht in einen nationalen oder nationalistischen Taumel zu geraten, waren

<sup>5</sup> <http://www.badische-zeitung.de/deutschland-1/krise-im-piratenvorstand-mitglieder-treten-zurueck--65063691.html>

<sup>6</sup> Siehe Artikel 2167 (S. 3-5), 2168 (S. 4-7), 2169 (S. 3/7), 2170 (S. 3-5), 2171 (S. 4/5), 2172 (S. 3/4), 2173 (S. 3/4), 2174 (S. 3), 2184 (S. 2-4)

<sup>7</sup> Siehe Artikel 370 (S. 6), 430 (S. 3), 515 (S. 2), 528 (S. 1), 655 (S. 1), 1386 (S. 1), 1909 (S. 1)

angesichts des Verlaufs der friedlichen Revolution zwar nicht unbedingt angezeigt, aber doch verständlich.

Jenseits jeder Mahnung bewegte sich allerdings das Spitzenpersonal der Grünen, das mit dem Plakat »Nie wieder Deutschland« (s.u.<sup>8</sup>) seinen Hass auf das eigene Land zum Ausdruck brachte. Namentlich Angelika Beer, Jutta Ditfurth und Claudia Roth trugen im Mai 1990 einer Demonstration dieses Plakat voran. Auf diesem Plakat wandten sich die Grünen wörtlich auch »gegen die Annexion der DDR«<sup>9</sup> und »gegen den deutschen Nationalismus«.



Der Politkarriere der Grünen Frauen hat der Hass auf das eigene Land allerdings nicht geschadet. Beer stieg in der Partei noch weiter auf (und wechselte später zu den Piraten). Claudia Roth zählt heute noch zu den Spitzen deutscher Politik» konnte sogar das Amt der Bundestagsvizepräsidentin gewinnen und sitzt nun dem Parlament vor, auf dessen Eingang das Versprechen prangt: »Dem Deutschen Volke«. Das deutsche Volk hat Claudia Roth allerdings nicht im Sinn. Die Zeitung "Welt am Sonntag" beschreibt Äußerungen der Grünen-Politikerin wie folgt:

»Man könne doch, meinte die Bundesvorsitzende der Grünen, am 3. Oktober nicht nur die deutsche Einheit, sondern auch den Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei feiern. Ihre Vision: Am Nationalfeiertag der Deutschen ertrinken die Straßen in einem Meer aus roten Türkenflaggen und ein paar schwarz-rot-goldenen Fahnen.«

Wurde die heutige Bundestagsvizepräsidentin durch das Springer-Blatt im Jahr 2005 richtig wiedergegeben? Offensichtlich ja. Claudia Roth meldet jedenfalls nach schriftlicher Anfrage durch die Autoren dieses Buches keinen Protest an.

Angesichts solcher Spitzenpolitiker ist es nicht verwunderlich, wenn diese Verheißung im Parlament um das »Kunstprojekt« ergänzt wurde, das eine Verpflichtung der Politik »Der Deutschen Bevölkerung« gegenüber ausspricht und das der Steuerzahler täglich per Webcam bewundern kann.<sup>10</sup>

Nicht jedem in der Bevölkerung wird jedoch so viel Fürsorge zuteil. Für eine Diskussion mit dem deutschen Publizisten und Kritiker der Migrationspolitik der Kanzlerin, Henryk M. Broder, sah die Grüne Roth keinen Anlass und sorgte für dessen Ausladung aus einer Dis-

<sup>8</sup> <https://linksunten.indymedia.org/image/154543.jpg>

<sup>9</sup> Sihe Artikel 137 (S. 1-3)

<sup>10</sup> Unter Anmerkung 17 steht: <http://www.derbevoelkerung.de/bilder/index.html>

kussionssendung des Bayerischen Fernsehens.<sup>11</sup> Broder hatte nach Roths Dafürhalten die Bundestagsvizepräsidentin zu heftig kritisiert. Der Publizist, der beispielsweise für "Welt Online" schreibt, hatte sich unter anderem für einen Platz in der »Hall of Shame« (Halle der Schande) ausgesprochen, da sich Roth zum Beispiel per »High five« mit dem Botschafter des islamischen Regimes in Teheran abklatschte.<sup>12</sup> Dieser war unter Ajatollah Chomeini auch für Todesurteile gegen oppositionelle Kurden verantwortlich.

Weniger empfindlich als auf Broders Kritik reagiert Roth nicht nur bei Zusammenkünften mit einem Schlichter eines Regimes, sondern auch wenn sie zusammen mit dem Schwarzen Block auf einer Demo marschiert, bei dem »Deutschland, du mieses Stück Scheiße« vom Lautsprecherwagen herabgerufen wird. Linker Rassismus und linke Widersprüche treten jedoch nicht immer so offen zutage wie bei den oben aufgeführten Beispielen. Es gibt auch verschlungene Wege:

Das Magazin "Deutsche Anwaltsauskunft" berichtete in einem Artikel vom 29. Mai 2015,<sup>13</sup> »Hetze gegen Flüchtlinge« könne zum Entzug des Umgangsrechts mit dem eigenen Kind führen. Als Profiteur und als Zielgruppe für die Aufforderung zur Denunziation machten die Anwälte auch gleich eine Gruppe mit klarem Interesse aus: Eltern, die sich getrennt hatten. Kalt kalkulieren die Rechtsanwälte mit der häufig gegebenen Motivlage, den getrennten Partner nicht mehr an der gemeinsamen Erziehung teilhaben zu lassen. Diese Möglichkeit zur Entziehung des Umgangsrechts eröffnet im Streit befindlichen Ex-Partnern ganz neue Vorgehensweisen, befanden die Juristen und schrieben:

»Das dürfte vor allem Mütter und Väter interessieren, die ihr Kind gemeinsam mit einem fremdenfeindlich agierenden Ex-Partner erziehen – und sich sorgen, dass das Kind durch ihn oder sie in falsche Kreise gerät beziehungsweise die falschen Werte vermittelt werden.«

Herausgegeben wird das Magazin durch den Deutschen Anwaltsverein aus Berlin, wie das Impressum ausweist.<sup>14</sup> Wie sich aus einer Stellungnahme des Deutschen Anwaltsvereins vom Juli 2014 zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes ergibt, war Gisela Seidler Vorsitzende des Ausschusses des Anwaltsvereins für Ausländer- und Asylrecht. Diese Stellungnahme Seidlers und ihrer Juristenkollegen ging nicht nur an sämtliche relevanten Ministerien, sondern auch an weitere Vereinigungen wie etwa Pro Asyl.

Die Münchner Anwältin Seidler, die mit ihren Kollegen so Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen versucht, ist jedoch noch ganz anders im Ausländerrecht engagiert. Seidler gehört der »Karawane« an, einer linksextremen Vereinigung, die unter anderem Abschiebungen von abgelehnten Asylbewerbern zu verhindern versucht – und nicht selten Erfolg hat. Zudem ist Seidler Fördermitglied des Bayerischen Flüchtlingsrats,<sup>15</sup> dessen Verbindungen ins linksextreme Milieu wir noch näher betrachten werden. (Fortsetzung folgt.)

<sup>11</sup> Unter Anmerkung 18 steht: <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/deutschland/birgit-stoeger/claudia-roth-laesst-henryk-broder-aus-muenchner-runde-ausladen.html>

<sup>12</sup> Unter Anmerkung 19 steht: <http://www.welt.de/debatte/henryk-m-broder/article113506019/Claudia-Roth-geht-in-die-Hall-of-Shame.html>

<sup>13</sup> Unter Anmerkung 20 steht: Artikel vom 29.05.2015, Anführungszeichen bei »Besorgte Bürger« im Original mit dem Titel: »Besorgte Bürger - Rassismus und Kindererziehung: Droht Verlust des Umgangsrechtes?«, <https://anwaltsauskunft.de/magazin/leben/ehe-familie/1178/rassismus-und-kindererziehung-droht-verlust-des-umgangsrechtes/>.

<sup>14</sup> Unter Anmerkung 21 steht: <https://anwaltsauskunft.de/service/impressum/>, Aufruf am 09.08.2016.

<sup>15</sup> Siehe u.a. Artikel 1802 (S. 1/2)